

WdA im Mai

Empörung und Wut wachsen im Volk. Besonders von abhängig Beschäftigten werden immer mehr Opfer verlangt. Die herrschenden Eliten verweigern den Schutz vor Ausbeutung und Armut. Deshalb gewinnen Streiks und andere Kundgebungen des Protestes täglich an Bedeutung. Das zeigen auch die Beiträge in dieser Ausgabe der *WdA*. Unter anderem geht es um die Forderung nach gesetzlichem Mindestlohn, um den Kampf gegen unbegrenzte Arbeitszeiten und gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Dringend ist in diesem Zusammenhang zu klären, wie die Interessenvertretung der Arbeitnehmer in Betrieb und Gesellschaft künftig aussehen soll. Jedenfalls müssen neue Wege beschritten, muss der Globalisierung der Wirtschaft eine ‚Globalisierung‘ des Kampfes für Arbeiterinteressen entgegengesetzt werden.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Arbeitskampf gegen Ausbeutung

Seite 2

Gehört die Welt dem Kapital?

Seite 3

Arbeit schützt vor Armut nicht

Seite 4

Wenn der Postmann nicht mehr klingelt, Kapitalismus pur

Seite 5

Klüngelwirtschaft

verhindert Klimaschutz,

Der Mensch als Kostenfaktor?!,

Das politische Buch

Seite 6

Wie steht es

um die Zukunft betrieblicher Interessenvertretungen?

Seite 7

Blick zurück: Ein Grundrecht

ist noch kein Gesetz

Seite 8

Konzern als

Kommunalverwalter,

Streik um tariflichen Sozialplan

Seite 9

Arbeitszeiten ohne Grenzen,

Buchtipps, Impressum

Arbeitskampf gegen Ausbeutung

Mehr als 15.000 Beschäftigte der Deutschen Telekom streiken gegen den geplanten Konzernumbau. Sie sollen zu erheblich schlechteren Bedingungen in neue Firmen abgeschoben werden. Vorgesehen ist, ihre Löhne um neun Prozent zu kürzen, die Arbeitszeit um mindestens vier Stunden zu verlängern und drei Nullrunden zu erzwingen. Falls es tatsächlich so kommt, werden sich Einbußen und Umverteilung zulasten der Arbeitnehmer/innen auf mehr als 40 Prozent summieren. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kämpft gemeinsam mit den Beschäftigten für den Abschluss eines tarifvertraglichen Sozialplans, der die Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse der Betroffenen schützt und ihnen Beschäftigungsperspektiven eröffnet.



In fünf Verhandlungsrunden hatten sich die Telekom-Führung und ver.di nicht einigen können. Die Gewerkschaft war deshalb zu einer Urabstimmung genötigt. Rund 96,5 Prozent der ver.di-Mitglieder haben sich für Streik ausgesprochen. An diesem Votum waren mehr als 22.000 und damit etwa 93 Prozent der Tarifbeschäftigten beteiligt.

In den vergangenen Jahren hat die Deutsche Telekom einige Millionen Kunden und erhebliche Marktanteile verloren. Verursacht wurden die Verluste überwiegend durch falsche Entscheidungen der Konzernführung. Zum Beispiel wurde das Unternehmen innerhalb der vergangenen elf Jahre 18mal umstrukturiert – ohne wesentliche Erfolge. Nun sollen die Beschäftigten für die Fehlentscheidungen des Managements bezahlen und die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns mit Verzicht wiederherstellen. Doch die Aktionäre sollen, wie schon im vergangenen Jahr, auch 2007 mit Rekorddividenden von drei Milliarden bedient werden.

Der Arbeitskampf bei der Deutschen Telekom ist für alle Arbeitnehmer in Deutschland von Bedeutung! Sollte sich der Konzern durchsetzen, hätte das Folgen für die Beschäftigten in vielen weiteren Betrieben. Deshalb sind alle Arbeitnehmer aufgerufen, die Telekom-Mitarbeiter bei ihren Protestaktionen unbedingt zu unterstützen.

Gehört die Welt dem Kapital?

Gewerkschafter protestieren gegen den G8-Gipfel

Aus Anlass des bevorstehenden G8-Gipfels in Heiligendamm protestieren Gewerkschafter gegen diese Veranstaltung. Wie kaum eine andere internationale Institution seien, so heißt es in dem Appell, „diese jährlichen Gipfeltreffen Symbol der weltweiten neoliberalen Dominanz“. Weiter heißt es in dem Gewerkschafteraufruf:

Weltwirtschaftsgipfel dienen der globalen Koordination und der Machtaufteilung. Damit stabilisieren sie die neoliberale Weltwirtschaftsordnung mit ihren immer schlimmeren Folgen für die Mehrheit der Menschen. Eine elitäre Minderheit eignet sich dabei den Reichtum an, den Millionen Menschen produzieren.

Wir unterstützen den Protest gegen imperiale Machtstrategien und Kriege, gegen den Raubbau an der Natur und den immer bedrohlicher werdenden Klimawandel. Entgegen seiner Verheißungen treibt der globale Kapitalismus die Menschheit in die Existenzkrise. Ohne Frieden ist alles nichts. Und ohne Antwort auf die drohende Klimakatastrophe ist alles nichts.

Die Globalisierung von Kapital- und Arbeitsmärkten hat die Beschäftigten weltweit in Konkurrenz zueinander gebracht. Skrupellos werden die Belegschaften einzelner Länder, Branchen und Standorte gegeneinander ausgespielt – in einem Dumpingwettbewerb um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Löhne und Menschenwürde. Als GewerkschafterInnen fordern wir daher:

Die Kernarbeitsnormen sind ein Menschenrecht und müssen als Mindeststandards durchgesetzt werden. Dazu zählen die Rechte auf Bildung von Gewerkschaften und auf das Führen von Kollektivverhandlungen, die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit und das generelle Diskriminierungsverbot in Arbeit und Beruf. Verstöße müssen öffentlich gemacht und mit harten Sanktionen belegt werden.

!Gesetzliche Höchstarbeitszeit: *Arbeitsumverteilung ist das entscheidende Mittel gegen eine Arbeitslosigkeit von 200 Millionen Arbeitslosen und 1,4 Milliarden „working poor“ weltweit. Produktivitätsfortschritte müssen über Arbeitszeitverkürzungen zum gesellschaftlichen Fortschritt werden: die 30-Stunden-Woche ist das Ziel, die 40-Stunden-Woche muss weltweit gesetzliche Höchstarbeitszeit werden.*

Mindestlöhne, *die es in einigen Ländern, wenn auch unzureichend, schon gibt, müssen zu weltweiten Mindeststandards werden. Mit jeweils 60% des nationalen Durchschnittlohns müssen sie globale Gültigkeit entfalten.*

Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung *müssen aufgebaut bzw. vor Privatisierung und Kommerzialisierung geschützt werden. Gesundheit, Bildung, öffentliche Sicherheit und die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen nicht zu Waren werden.*

Betriebliche Schutz- und Beteiligungsrechte *müssen gesetzlich geregelt werden, um Beschäftigten einen Mindestschutz vor Arbeit-*

geberwillkür zu gewährleisten. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich im Zuge der Globalisierung dramatisch zugunsten des Kapitals verschoben. Globale Finanzmärkte und grenzüberschreitend agierende Unternehmen verfügen inzwischen über ein gigantisches Erpressungspotential gegenüber Nationalstaaten (Steuer- und Umweltdumping, Deregulierung der Arbeitsmärkte) und gegenüber nur nationalstaatlich agierenden Gewerkschaften.

Aus dieser historischen Defensive müssen wir herauskommen, indem wir uns dem Kapital an die Fersen heften, Sprachschwierigkeiten und wechselseitige Unkenntnis überwinden und das Gemeinsame in unseren Interessen erkennen, grenzüberschreitend auf allen gewerkschaftlichen Ebenen zusammenarbeiten und zu Protesten und Widerstand zusammenfinden, wie bei der Streikdemonstration gegen die Bolkesteinrichtlinie, wie bei den internationalen Streiks der HafentarbeiterInnen und Seeleute und wie jetzt im Juni 2007 gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm.

Wir wissen, dass wir erst am Anfang dieses Weges stehen. Aber wir wissen auch, dass wir nur durch die Überwindung der Konkurrenz untereinander und mit Hilfe global handlungsfähiger Gewerkschaften dem global agierenden Kapital wirkungsvoll entgegenzutreten können.

Dieser Aufruf wurde von mehr als 1.000 Gewerkschaften und Einzelmitgliedern aus verschiedenen Ländern unterzeichnet. Die Initiatoren des Appells planen für den 6. Juni einen Alternativgipfel in Rostock. Weitere Informationen dazu unter

<http://www.g8-gewerkschafteraufruf.de/>

Druckerstreik

Die Lohntarifverhandlungen für die bundesweit 180.000 Beschäftigten in der Druckindustrie sind am 15. Mai ergebnislos auf den 22. Mai vertagt worden. Im Vorfeld der 3. Verhandlungsrunde hatten sich knapp 9.000 Beschäftigte in bundesweit 65 Betrieben an befristeten Warnstreikaktionen beteiligt.

Mehr Kohle lautet die Parole

Ver.di fordert tarifliche Einkommensverbesserungen in Höhe von 6,5 Prozent und eine Laufzeit des neuen Tarifvertrages von 12 Monaten. Der Unternehmerverband weigert sich, sein so genanntes Angebot vom 28. März 2007 nachzubessern und will einen Abschluss in folgender Größenordnung durchsetzen: 1,8 Prozent Lohnerhöhung für 2007 und 2,0 Prozent für 2008 bei einer Laufzeit von 24 Monaten sowie zwei Einmalzahlungen von je 180 Euro.

Jetzt hilft nur noch mehr Druck

Die Unternehmer ignorieren, dass die Beschäftigten in den vergangenen Jahren in immer kürzerer Zeit immer mehr produziert haben, dass Qualifikationsanforderungen, Leistungsverdichtung und Arbeitshetze zugenommen haben und gleichzeitig die Einkommen und die Kaufkraft gesunken sind. Die Unternehmer haben dies nicht honoriert. Im Gegenteil: Anrechnungen von Tarifierhöhungen auf den Übertarif, Einkommensverluste durch Arbeitszeitflexibilisierungen und Arbeitsplatzabbau waren an der Tagesordnung. Nun müssen die Beschäftigten in den Druckbetrieben die Streikaktionen verstärken.

F.K.

Arbeit schützt vor Armut nicht

Die Gewerkschaften machen weiter Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn. Am 1. Mai sind die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit ihrer Mindestlohn-Info-Box auf Tour gegangen. In 50 Städten finden öffentliche Aktionen statt, und eine Ausstellung „Arm trotz Arbeit“ wird gezeigt.

Immer mehr Menschen sind in nicht tarifgebundenen Betrieben tätig. Rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Löhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittlohnes betragen. Wissenschaftler bezeichnen solche Entgelte als Armutslohne. Das bedeutet: Arbeit schützt vor Armut nicht!

Armutslohne von drei, vier oder fünf Euro in der Stunde sind keine Seltenheit. Und viele Unternehmer und Politiker finden das auch ganz in Ordnung. So hat sich der hoch bezahlte „Wirtschaftsweise“ Wolfgang Franz, Mitglied des Sachverständigenrats der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in einem Interview des Berliner *Tagesspiegel* für Stundenlöhne von weniger als drei Euro ausgesprochen. Außerdem verlangt Franz weitere „Reformen“ auf dem Arbeitsmarkt: Abbau des Kündigungsschutzes, flexiblere Tarifgesetze, Ausweitung des Niedriglohnsektors.

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung liegt in Deutschland bereits über dem Durchschnitt der Europäischen Union. Während er in vergleichbaren Ländern zurückgeht, wächst er hierzulande. Betroffen sind vor allem Frauen. In Deutschland sind die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern besonders groß, viel größer als in anderen europäischen Ländern. Schlimmer noch: Während sich die Unterschiede in unseren Nachbarländern verringern, werden sie bei uns noch größer. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde also auch für mehr Geschlechtergerechtigkeit sorgen; denn er wäre ein Schritt in Richtung gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Außerdem dürfte ein gesetzlicher Mindestlohn von keinem Unternehmer unterschritten werden. Das ist in vielen Ländern Europas längst selbstverständlich. Doch in Deutschland befinden sich mancherorts die Löhne im freien Fall. Hungerlöhne, die niedriger sind als das Arbeitslosengeld II, sind das Ergebnis.

Eine klare Mehrheit der Bundesbürger ist für die Einführung von Mindestlöhnen! Laut einer forsa-Umfrage für den Nachrichtensender *n-tv* sprachen sich im März rund 72 Prozent der Befragten für eine gesetzliche Regelung aus. Aber im Deutschen Bundestag findet sich dafür bislang keine Mehrheit. CDU, CSU und FDP verweigern den Beschäftigten weiterhin den notwendigen Schutz vor totaler Ausbeutung. Auch die Bundeskanzlerin hat sich wiederholt gegen gesetzliche Mindestlöhne ausgesprochen. Aber es gäbe eine Mehrheit im Bundestag: SPD, Die Linke und die Grünen könnten gemeinsam das Gesetz beschließen! Doch die SPD verweigerte im Parlament ihrer Forderung nach einem Mindestlohn ihre Zustimmung.

Franz Kersjes

<http://www.mindestlohn.de>

Wenn der Postmann nicht mehr klingelt

Ende dieses Jahres soll das Briefmonopol der Deutschen Post fallen. Bereits jetzt stehen eine Reihe von neuen Briefdienstleistern in den Startlöchern, um ein Geschäftsfeld zu erschließen, in dem es viel zu verdienen gibt: Mit Postdienstleistungen werden in Deutschland derzeit mehr als 23 Milliarden Euro umgesetzt. Noch kontrolliert die Deutsche Post AG 90 Prozent des Briefgeschäfts: 70 Millionen Briefe werden von ihr jeden Tag befördert.

Etwa 700 private Dienstleister haben bereits von der Bundesnetzagentur eine Lizenz für den deutschen Briefmarkt erhalten. Dabei handelt es sich meistens um lokale Unternehmen. Lediglich die Pin Group und die TNT Post Deutschland wollen überall in der Republik aktiv werden; sie wollen ein flächendeckendes Zustellnetz aufbauen. Die Pin Group ist ein Zusammenschluss der Verlage Holtzbrink, Axel Springer und WAZ mit der Beteiligungsfirma Rosalia. Das Unternehmen hat 7.000 Beschäftigte und will in diesem Jahr mit einer Milliarde Briefzustellungen einen Umsatz von 350 Millionen Euro erreichen. Die TNT Post Deutschland ist ein Ableger der niederländischen Post und kooperiert mit dem deutschen Paketdienst Hermes.

Die neoliberalen Befürworter der Öffnung des Briefmarkts locken mit neuen Arbeitsplätzen und erheblichen Einsparungen für die Kunden. Doch wer profitiert tatsächlich von dem angeblich eingesparten Briefporto? Kritische Studien zeigen: Wenn die durch die Liberalisierung bei der Deutschen Post vernichteten Arbeitsplätze in der Briefsparte gegen die neu entstandenen Billigjobs gegengerechnet werden, dann sind bereits heute mehr als 12.000 Stellen weggefallen.

Die Arbeitsbedingungen und die Löhne der neuen Briefdienstleister sind skandalös. In vielen Fällen liegt die Bezahlung der Minijobs weit unter dem von ver.di ausgehandelten tariflichen Einstiegsgehalt für Zustellkräfte bei der Deutschen Post AG. Viele Beschäftigte bei den neuen Wettbewerbern können selbst bei Vollzeittätigkeit nicht von ihrem Gehalt leben.

Und: Gegenwehr ist fast unmöglich, denn nur 3,5 Prozent aller Unternehmen in diesem Bereich haben einen Betriebsrat. Der Widerstand der Geschäftsleitungen gegen Mitbestimmung ist massiv; Tarifverträge werden weitgehend missachtet.

Im VSA-Verlag ist nun ein Buch erschienen, das die Ausbeutung und die dubiosen Machenschaften im privaten Briefzustelldienst und die Folgen für Beschäftigte und Bürger schildert. Dieser Report über das Billigheimer-Geschäft mit den Briefen ist nicht nur für die dort Beschäftigten interessant. Das Thema betrifft auch alle Bürger, die auf die Post angewiesen sind. In diesem Buch kommen betroffene Beschäftigte, handelnde Unternehmer und Gewerkschafter, fachkundige Wissenschaftler und verantwortliche Politiker zu Wort.

Uli Röhm / Wilfried Voigt

Wenn der Postmann nicht mehr klingelt

Das Billigheimer-Geschäft mit den Briefen
VSA-Verlag, 176 Seiten, 14.80 Euro

Kapitalismus pur

Auslandstarife für Handys: Telefongespräche mit dem Handy im Ausland sollen deutlich preiswerter werden. Die EU-Kommissarin Viviane Reding wirft den Mobilfunk-Konzernen vor, Kunden im Ausland abzukassieren. Kurze Gespräche kosten ein bis drei Euro pro Minute. Insgesamt zahlen Touristen und Geschäftsleute fünf Milliarden Euro Roaming-Gebühren im Jahr. Das soll sich nun ändern. Aber es gibt Streit. Während die EU-Parlamentarier die Preise auf maximal 40 Cent pro Minute für abgehende und 15 Cent für ankommende Anrufe festlegen wollen, schlägt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – ganz im Sinne der Mobilfunk-Konzerne – 60 und 30 Cent vor. Wahrscheinlich werden die neuen Regelungen nicht mehr vor den Sommerferien in Kraft treten.

Kriegserklärung: Vier Wochen nach dem Start hat Nokia Siemens Networks (NSN), ein Zusammenschluss der Siemens-Telekommunikationssparte Com mit dem finnischen Konzern Nokia, Massenentlassungen per e-mail den Beschäftigten angekündigt, ohne mit dem Betriebsrat dazu auch nur ein Gespräch geführt zu haben. Zur Gewinnsteigerung sollen weltweit 22,5 Prozent der 60.000 Arbeitsplätze beseitigt werden. Teile des Abbaus sollen durch „Geschäftsverlagerungen an Partnerunternehmen“ erfolgen. In Deutschland sind bis zu 2.900 der insgesamt 13.000 Beschäftigten betroffen.

Klüngelwirtschaft verhindert Klimaschutz

In der Energiepolitik blockieren Konzerninteressen die notwendigen Reformen zu effektivem Klimaschutz. Das ist ein Ergebnis der Studie *Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer – Verflechtung zwischen Politik und Energiewirtschaft*, die von der Umweltschutzorganisation Greenpeace veröffentlicht wurde. Sie zeigt detailliert auf, welche Politiker bei welchen großen Stromkonzernen auf dem Lohnzettel stehen. Damit wird deutlich, wie stark die Verflechtung von Politik und Energiewirtschaft tatsächlich ist.

Die Studie listet auf, dass zehn Mitglieder des Deutschen Bundestages und 28 ehemalige Politiker oder hohe Behördenmitarbeiter für Energiekonzerne aktiv tätig sind. Unter ihnen befinden sich die energiepolitischen Sprecher der beiden Regierungsparteien SPD und CDU/CSU. Unter den derzeitigen Landespolitikern üben zwölf Personen Nebentätigkeiten bei Energiekonzernen aus. „Die zeitgleiche Ausübung von politischem Mandat in Energiefragen und einem Posten bei einem Energiekonzern ist besonders dreist“, erklärt Andree Böhling, Energie-Experte von Greenpeace. „Jeder Gemeindevertreter wird von Entscheidungen ausgeschlossen, wenn Interessen-Widersprüche bestehen können. Im Deutschen Bundestag werden solche Prinzipien der Demokratie unter den Teppich gekehrt“, so Böhling. Greenpeace fordert, endlich die bereits beschlossene Veröffentlichung über die Nebeneinkünfte von Abgeordneten umzusetzen, sowie Mandatsträgern zu verbieten, Nebeneinkünfte von Unternehmen zu beziehen, die im Wirkungskreis ihrer politischen Arbeit liegen.

<http://www.greenpeace.de>

Der Mensch als Kostenfaktor?!

Für viele Unternehmer sind Menschen lediglich Kostenfaktoren. Soziale Verantwortung ist für derartige Firmenchefs ein Fremdwort. Sie verlängern die Arbeitszeit und senken die Löhne. Die Angst der Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze wird als Druckmittel eingesetzt. Dadurch entsteht ein Klima der Unsicherheit.

Das neoliberale Wirtschaftsprinzip wird durch „Shareholder Value“ geprägt. Ethische Werte werden von der Börse nicht honoriert - Rendite steht vor Moral. Woher kommt diese Gier nach immer mehr Rendite, nach immer mehr Profit?

Selten zuvor ist in Deutschland so viel über soziale Gerechtigkeit und soziale Verantwortung debattiert worden wie heute – und noch nie ist so viel und so massiv dagegen verstoßen worden. Müssen sich die Arbeitnehmer dieser Entwicklung unterwerfen oder gibt es Alternativen? Und wie können sie umgesetzt werden? Was kann jede/r Einzelne tun, damit es anders, sprich: besser und gerechter zugeht?

Jürgen Glaubitz hat in einem sehr informativen und gut gestalteten Arbeitsheft für ehren- und hauptamtliche Funktionäre der ver.di NRW versucht, auf diese Fragen einige Antworten zu geben. Die Publikation ist kostenlos bei ver.di NRW, Karlstraße 123 - 127, 40210 Düsseldorf, Telefon 0211 - 6 18 24 0, zu erhalten.

Das politische Buch

Seit 1982 wird jedes Jahr zum mahnenden Gedenken an die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 der Preis „Das politische Buch“ von der Friedrich-Ebert-Stiftung vergeben; er ist mit 10.000 Euro dotiert. Diesmal werden Nadja Klinger und Jens König ausgezeichnet. Ihr Buch „Einfach abgehängt – Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland“ enthält zwölf glänzend geschriebene Reportagen über Langzeitarbeitslose.

Aus der Jurybegründung: „Die Texte veranschaulichen durch die Schilderung der Einzelschicksale drastisch und sehr fundiert die Auswirkung von Arbeitsmarkt- und Sozialreformen und den gesellschaftlichen Umgang mit Armut. Der schonungslose Blick auf die zunehmende Armut in Deutschland offenbart die Gefährdung von Freiheit und das Fehlen von Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft.“

Beeindruckend und bedrückend sind die Fallbeispiele von den ins Abseits Geratenen, deren Situation sich vielfach verschlimmert hat durch persönliches Pech, die Nachlässigkeit von Behörden und die oft rigiden Forderungen von Banken und Finanzämtern. Einige der Beschriebenen bemühen sich, ihrer ausweglosen Lage zu entrinnen, andere haben sich mit demütigenden Jobs und der Armut abgefunden. Nadja Klinger und Jens König zeigen, wie löchrig unser angeblich ‚bequemes‘ soziales Netz sein kann.“

Nadja Klinger, geboren 1965 in Berlin, lebt dort als freie Autorin. Jens König, geboren 1964 in Berlin, leitet das Parlamentsbüro der taz.

Tagung in Hörste:**Wie steht es um die Zukunft betrieblicher Interessenvertretungen?**

Dies ist das gerade gegenwärtig so wichtige Thema einer Tagung in Lage-Hörste (bei Bielefeld). Angesprochen sind in erster Linie Betriebsräte, gewerkschaftliche Vertrauensleute sowie haupt- und ehrenamtlich tätige Gewerkschafter. Der Ort: die ver.di-Bildungsstätte Heinrich Hansen. Der Zeitpunkt: 24. und 25. August 2007. Die Veranstalter: Institut für Bildung, Medien und Kunst, Liaison.NET (eine Gruppe von freiberuflich tätigen Sachverständigen aus dem gewerkschaftlichen Bereich) und die *Welt der Arbeit*. – Es gibt drei Workshops zum Thema:

Workshop I: **Tarifrunden ohne Strategie?** will im Dialog zwischen Experten und betrieblichen Praktikern erörtern, welche Erfahrungen inzwischen mit Firmentarifverträgen und/oder betrieblichen Bündnissen vorliegen. Die Einführung liegt bei **Detlef Hensche**, viele Jahre Vorsitzender der IG Medien und derzeit Rechtsanwalt.

Workshop II: **ver.di ohne Strategie?** will herausfinden, welche gewerkschaftlichen Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus dem Mitgliederschwund und der angeblichen Organisationsmüdigkeit zu ziehen sind. Die Einführung liegt bei **Frank Werneke**, stellvertretender Vorsitzende der ver.di und tariflicher Verhandlungsführer u.a. in der Druckindustrie.

Workshop III: **Die organisierte Belegschaft – historisch überholt?** soll klären, welche strategischen Erfahrungen mit der Wahrnehmung einer kraftvollen Interessenvertretung und mit der Wahrung der Interessen von Belegschaften vorliegen. Die Einführung liegt bei **Franz Kersjes**, viele Jahre Vorsitzender der IG Druck und Papier und später der IG Medien in NRW.

Im Abschluss-Podium zum Thema **Das gekaufte Bewusstsein – Interessenvertretung im kommenden Jahrzehnt** werden die Ergebnisse der drei Workshops diskutiert. Die Moderation liegt bei **Karl-Wolfgang Seithümmel**, Leiter der ver.di-Bildungsstätte in Lage-Hörste.

Am Samstagnachmittag sind alle Teilnehmer/innen zum Hörster Kultursommer eingeladen. Bei Live-Musik im Freien soll zu politischen Diskussionen, kulturellen Aktivitäten und kulinarischem Genuss angeregt werden. Der Abend wird abgerundet durch ein ausgesuchtes kabarettistisches Programm.

Verbindliche Anmeldungen an das Institut für Bildung, Medien und Kunst, Teutoburger-Wald-Straße 105, 32791 Lage-Hörste, Telefon 05232 – 983 436 oder per e-mail an <mailto:bst.imk@verdi.de>
Die Seminargebühr beträgt 35 Euro. Unterkunft und Verpflegung von Mittagessen Freitag bis Mittagessen Samstag 50 Euro (Einzelzimmer) oder 40 Euro pro Teilnehmer/in (Doppelzimmer).

Infos, auch zur An- und Abreise, unter <http://www.imk.verdi.de>

Das Programm im Detail:

Freitag, 24.08.07
bis 12 Uhr Anreise,
Mittagessen

13:15 – 13:45 Eröffnung,
Einführung: Willi Vogt, Leiter des
Fachbereichs 8 in ver.di NRW

13:45 – 14:00 Kaffee

14:00 – 16:00 Workshop I
Tarifrunden ohne Strategie?
Referent: Detlef Hensche
Moderation: Rolf Walther

16:00 – 16:30 Kaffee

16:30 – 18:30 Workshop II
ver.di ohne Strategie?
Referent: Frank Werneke
Moderation: Martina Schu

18:30 Abendessen mit anschließendem Erfahrungsaustausch

Samstag, 25.08.07
08:00 – 09:00 Frühstück

09:30 – 11:30 Workshop III
Die organisierte Belegschaft – historisch überholt?
Referent: Franz Kersjes
Moderation: N.N.

11:30 – 12:00 Kaffee

12:00 **Abschluss-Podium**

13:00 Mittagessen

14:00 **Hörster Kultursommer**

20:00 **Kabarett-Abend**



Blick zurück:**Ein Grundrecht ist noch kein Gesetz**

In der Agenda für diesen Monat die dürre Zeile: „3. Mai 1957: Gleichberechtigungsgesetz vom Bundestag verabschiedet.“ 1957, vor 50 Jahren, also? Stand nicht schon seit 1949 im Grundgesetz, dass Männer und Frauen gleichberechtigt seien? So ist es. Und in Art. 117 stand auch jene Übergangsregelung, nach der alle dem Grundrecht auf Gleichbehandlung widersprechenden, bereits bestehenden Gesetze bis 1953 dem Gleichberechtigungsprinzip angepasst sein mussten. Aber die Parlamentarier hatten keine Eile; Jahre vergingen, und es geschah nichts. Doch an der frauenpolitischen Basis geschah einiges. Und das ist wesentlich der ersten und lange einzigen Frau am Bundesverfassungsgericht zu danken. Ihr Name: Erna Scheffler.

Sie selbst war immer gleichberechtigt gewesen, im Privaten und im Beruf, und sie stritt dafür, dass es andere Frauen auch wurden. Schon 1950, auf dem Deutschen Juristentag, hatte sie einen bemerkenswerten Vortrag zum Thema ‚Anpassung bisheriger Gesetze‘ gehalten. Sie kannte die Schwierigkeiten, „weil hier die Gleichberechtigung mit der patriarchalischen Stellung des Mannes zusammenprallt: Das macht den gefühlsmäßigen Widerstand der Männer am größten“. Zur Erinnerung: Damals galt noch das Hausfrauenmodell. Wenn Frauen ohne Einwilligung ihrer Männer ‚arbeiten gingen‘, konnten sie, die Männer, den Arbeitsvertrag kündigen. Und wenn es Streit gab, galt der so genannte Stich-Entscheid des Mannes. In den Worten Erna Schefflers: „Solange die Eheleute einig sind, entscheidet die Frau; sind sie uneinig, so entscheidet der Mann.“ In der Rückschau beurteilte die Rechtswissenschaftlerin den Juristentag von 1950 als „Wahrzeichen der Wandlung“, weil „alle Argumente gegen die Gleichordnung der Frau aufgewärmt (wurden) – aber sie hatten keine Kraft mehr.“

1951, kurz nach Gründung des Bundesverfassungsgerichts, wurde Erna Scheffler als Wunschkandidatin von Frauenverbänden ins Bundesverfassungsgericht berufen und später mehrmals wiedergewählt. Viele Jahre gehörte sie dem Ersten, dem für die Grundrechte zuständigen, Senat an. Einerseits hat Erna Scheffler beklagt, dass es oft „der Nachhilfe des Bundesverfassungsgerichts“ bedurfte; andererseits hat sie, nachdem die Umsetzung des Gleichberechtigungsprinzips in geltendes Recht immer wieder verzögert wurde, Frauen und deren Verbände zu Klagen vor dem Verfassungsgericht ermutigt, damit Gleichheit vor dem Gesetz endlich Wirklichkeit werde. Schließlich, im Mai 1957, war es soweit. Das Gleichberechtigungsgesetz wurde verabschiedet: Das Entscheidungsrecht des Mannes fiel fort; die Familienarbeit der Frau wurde gegenüber der Erwerbstätigkeit des Mannes als gleichwertig anerkannt; der gesetzliche Güterstand wurde geregelt. Allerdings endete durch weitere Verfassungsklagen erst zwei Jahre später das alleinige Vertretungsrecht des Mannes als Vater. Vieles war erreicht worden, als Erna Scheffler mit über 70 Jahren in den Ruhestand ging. Aber sie wusste, dass es noch viel zu tun gab: „Ihre letzte Ursache hat die geringe Bewertung der Frau offensichtlich – und groteskerweise – in der Mutterschaft, die wesentliche Kräfte der Frau bindet und die Frau in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mann bringt.“ Das beschäftigt uns noch heute....

Antje Dertinger

Agentur für Arbeit

Ausgerechnet am Tag der Arbeit nahm vor 55 Jahren, am 1. Mai 1952, die Bundesagentur für Arbeit ihre Tätigkeit auf. Die Behörde, ursprünglich ‚Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung‘ genannt, war wenige Monate zuvor per Gesetz gegründet worden.

Theodor Leipart

In der Nachfolge Carl Legiens wurde Th. Leipart 1920 Vorsitzender des ADGB. Sein Geburtstag jährte sich am 17. Mai zum 140. Mal, sein Todestag am 23. Mai zum 60. Mal. 1933 verlor Leipart durch die Nazis sein Amt. Zuvor war die Führung der Gewerkschaftsbewegung gegenüber dem NS-Regime vergebens einen Anpassungskurs gefahren, für den viele Mitglieder an der Basis kein Verständnis aufbrachten.

Das Hambacher Fest

Zum 175. Mal jährt sich Ende Mai die viertägige Versammlung von etwa 30.000 Bürgern, Handwerkern und Bauern auf Schloss Hambach bei Neustadt an der Weinstraße. Es war dies im Deutschland der Kleinstaate die bedeutendste Kundgebung für Einheit und Freiheit des Landes. Auf den Geist der Freiheit, der 1832 über dem Hambacher Schloss wehte, wurde mit völliger Unterdrückung der Versammlung- und der Pressefreiheit reagiert. Die Hauptredner, sofern sie nicht fliehen konnten, wurden verhaftet und verurteilt.

Clara Zetkin

Vor 150 Jahren, am 5. Mai 1857, wurde die sozialdemokratische Vorkämpferin der Frauenbewegung und spätere Kommunistin geboren. Entschieden kämpfte sie für die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen von den Männern.

A.D.

Konzern als Kommunalverwalter

Bertelsmann wird künftig auch Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung in Deutschland anbieten. Der Startschuss ist bereits gefallen: Die Stadt Würzburg hat sich für eine Zusammenarbeit mit dem Bertelsmann-Tochterunternehmen Arvato entschieden. In Zukunft sollen alle Abläufe in der Würzburger Kommunalverwaltung über eine zentrale Internet-Plattform gesteuert werden. Ziel ist es, Bürgern, Unternehmen und Partnern alle Dienstleistungen der Stadt über nur eine Anlaufstelle anzubieten. Die Stadt Würzburg erhofft sich während der Laufzeit von zunächst acht Jahren Einsparungen in Höhe von 25 Millionen Euro. Mit diesem Geld soll das Projekt finanziert werden. Die wesentlichen Prozesse eines neuen Bürgerbüros sollen bis zu dessen Eröffnung im Jahr 2008 mit Hilfe

der neuen Technik umgesetzt sein.

Die Arvato AG zählt mit ihren weltweit mehr als 270 Tochterunternehmen zu den größten international vernetzten Medien- und Kommunikationsdienstleistern. Im Geschäftsjahr 2006 hat der zur Bertelsmann AG gehörende Unternehmensverbund einen Umsatz von fast 5 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Die Firmen der Arvato beschäftigen in aller Welt rund 47.000 Mitarbeiter/innen. Dazu gehören unter anderem die Bereiche arvato print (Tiefdruck- und Offsetdruckereien in Europa und den USA), arvato services (Finanzdienstleistungen und Direktvertrieb von Wissensmedien) und arvato storage media (Produktion von CD-Roms, DVDs und Audio-CDs).

Seit Mai 2006 gibt es in Deutschland den Geschäftsbereich arvato government services. Das Unternehmen überträgt die Erfahrungen aus privatwirtschaftlichen Outsourcing- und Transformationsprojekten auf die öffentliche Verwaltung. Erfahrungen wurden bereits im Ausland gesammelt: Seit Oktober 2005 leistet Arvato für das East Riding of Yorkshire Council in England kommunale Verwaltungsaufgaben. Dazu gehören zum Beispiel der Einzug von Lokalsteuern und die Auszahlung von lokalen Subventionen und Beihilfen, Lohn- und Gehaltsabrechnungen, das Management der 14 Bürgerbüros und das Bereitstellen der nötigen IT-Infrastruktur. Dort wurden auch alle Mitarbeiter/innen aus der kommunalen Verwaltung übernommen.

Mit dem Beispiel Würzburg verstärkt sich in den nächsten Jahren die Gefahr der Privatisierung öffentlicher Verwaltungen.

Net News Global

Mit der Internetseite *Net News Global* präsentiert sich ein sehr umfangreiches, kritisches Nachrichtenportal. Die Auswahl an deutschen und internationalen Publikationen ist hervorragend.

Nutzer haben die Möglichkeit, aus vielerlei Quellen ein klares Bild über das politische und gesellschaftliche Geschehen zu erhalten.

Ziel von *NNG* ist, so neutral wie möglich und so kritisch wie nötig auf Missstände im täglichen „Medienzirkus“ sowie im politischen und gesellschaftlichen Leben hinzuweisen. Wer Lust hat, sich als Online-Moderator zu betätigen, kann mitmachen.

<http://www.net-news-global.de>

Streik um tariflichen Sozialplan

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat entschieden: Gewerkschaften dürfen zu Streiks für einen Tarifvertrag aufrufen, in dem wirtschaftliche Nachteile aus einer Betriebsänderung ausgeglichen oder gemildert werden sollen. Für die Aufstellung betriebsbezogener Sozialpläne sind zwar nach §§ 111, 112 Betriebsverfassungsgesetz Arbeitgeber und Betriebsrat zuständig. Das Betriebsverfassungsgesetz schränkt jedoch die Regelungsbefugnis von Tarifvertragsparteien nicht ein.

Typische Sozialplaninhalte, wie Ansprüche auf Abfindungen oder Qualifizierungsmaßnahmen, sind zugleich tariflich regelbare Angelegenheiten. Ist der Arbeitgeber(verband) zum Abschluss eines entsprechenden Tarifvertrags nicht bereit, darf hierfür gestreikt werden.

Die Gewerkschaften können mit dem Streik auch sehr weitgehende Tarifforderungen verfolgen. Der Umfang einer Streikforderung, die auf ein tariflich regelbares Ziel gerichtet ist, unterliegt, wie es in der Begründung des BAG heißt, keiner gerichtlichen Kontrolle. Das gewährleistet Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz zur Koalitionsbetätigungsfreiheit von Gewerkschaften im Interesse der Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie.

Der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichtes hat deshalb – wie schon die Vorinstanzen – die gegen solche Streikaufrufe der Industriegewerkschaft Metall gerichtete Unterlassungsklage eines Arbeitgeberverbandes abgewiesen.

(Urteil BAG, 1. Senat, 24.4.2007, Aktenzeichen: 1 AZR 252/06)

Arbeitszeiten ohne Grenzen

Für nur noch knapp 13 Prozent der Beschäftigten in Deutschland gilt die klassische "Normalarbeitszeit", also Tätigkeit montags bis freitags jeweils zwischen 35 und 42 Stunden ohne Schichtdienst, Überstunden oder Gleitzeit. Diese Quote hat sich allerdings seit 1989 halbiert, wie eine Analyse der Arbeitszeitforscher Hartmut Seifert, Hermann Groß und Georg Sieglan belegt.

Die Forscher unterscheiden nach "moderaten" und "extremen" Formen der Flexibilisierung. Als "moderat" definieren sie beispielsweise Teilzeitarbeit und Arbeit in Zwei-Schicht-Systemen. Als "extrem flexibel" qualifizieren die Wissenschaftler drei Arbeitszeitmuster: "Überlange Wochenarbeitszeiten" von mehr als 42 Stunden, die im Jahr 2003 rund 29 Prozent aller Beschäftigten zu bewältigen hatten. Bei 15 Prozent schwankte die Arbeitszeit um mindestens 20 Stunden in der Woche. Knapp sechs Prozent der Beschäftigten mussten sich mit Mehrschicht- und Nachtarbeit arrangieren. Dabei gibt es Überschneidungen, etwa Arbeitszeiten, die sowohl sehr lang sind als auch stark schwanken. Insgesamt sehen die Forscher 40 Prozent aller Beschäftigten von "extremer Flexibilisierung" betroffen.

Überdurchschnittlich häufig finden sich solche Arbeitszeitmodelle in größeren Produktionsbetrieben. Extreme Formen von Schichtarbeit sind aber auch in Betrieben verbreitet, die rund um die Uhr soziale Dienstleistungen erbringen und überwiegend Frauen beschäftigen, etwa im Gesundheits- und Pflegebereich. Die Einkommen von Beschäftigten mit extrem flexibilisierten Arbeitszeiten liegen relativ hoch, was zum Teil auf Zuschlägen beruht. Während "überlange Arbeitszeiten" von mehr als 42 Wochenstunden vor allem bei allein stehenden Männern vorkommen, sind Beschäftigte mit stark schwankenden Arbeitszeiten oder extremer Schichtarbeit häufig in ihren mittleren Lebensjahren. Sie leben häufig in Paarhaushalten und haben überdurchschnittlich oft Kinder. Für sie dürfte sich "Vereinbarkeit von Beruf und Familie kaum erzielen lassen", warnen die Forscher.

Weitere Informationen in WSI-Mitteilungen 4/2007 und im neuen Böckler Impuls 8/2007 http://www.boeckler.de/pdf/impuls_2007_08_6.pdf

* * * *

Buchtipps

Jens Wernicke
Torsten Bultmann (Hg.)
Netzwerk der Macht - Bertelsmann

Der medial-politische Komplex
aus Gütersloh
BdWi-Verlag, 434 Seiten, 15 €

Seit Jahren wächst der Einfluss privater Consulting-Agenturen, so genannter Think Tanks und „Expertenräte“, auf politische Entscheidungen sowie auch auf deren operative Umsetzung. Für die einen stellt dies normale Poli-

tikberatung und wachsender Komplexität der politisch zu bearbeitenden Probleme dar. Es werden jedoch auch zunehmend kritische Stimmen laut, für welche dieser Einfluss einer neuartigen Ratgeberindustrie die Kehrseite einer schleichenden Entdemokratisierung der Gesellschaft darstellt. Aus einer kritischen Perspektive analysieren die Autoren des Buches die Praxis der Bertelsmann-Stiftung, der in Deutschland wohl einflussreichsten privaten Politikberatungsagentur, die auf nahezu allen gesellschaftlichen Feldern „operativ“ tätig ist und Reformszenarien entwirft.

Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber: Franz Kersjes
Abendrothstr. 5, 50769 Köln
Telefon: 0171 – 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach Bedarf kostenlos online und auf der Website www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.

Empfehlenswerte Websites:

<http://www.nachdenkenseiten.de>

<http://www.labournet.de>

<http://www.einblick.dgb.de>

<http://www.verdi.de>

<http://www.igmetall.de>

<http://www.wissentransfer.info>

<http://www.erwerbslose.de>

<http://www.attac.de>

Neue Rheinische Zeitung
<http://www.nrhz.de>

**Institut für Bildung,
Medien und Kunst
im Heinrich-Hansen-Haus
in Lage – Hörste**

Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage-Hörste
Telefon: 0 52 32 / 9830
Mail: bst.imk@verdi.de

Infos: <http://www.imk.verdi.de>